

schon, welche
und, dank den
t der ganzen
t, daß beide
rovinsen alle
um sich der-
rie; Deutsch-
er; die hoch-
stet hat in
Innern Frei-
lösung. Die
Rachheit, die
schen zu kon-
müssen. Für
i nach dem
ie Verständ-
im Centrum
Verkehr und
eich, Italien,
s im Orient
h, es zum
atischen Ver-
begreift sehr
Zolleinigung
eine entschei-
würden.
er Tage in
erfelbe wurde
auf einem
König aus-

us noch in Petersburg befindlichen Nachfolgers, Frn.
Loburow verweilt, um demselben die Geschäfte zu über-
geben, und dann erst während einiger Zeit in Rus-
land Privatangelegenheiten ordnen will. Die längere
Abwesenheit eines russischen Vertreters vom hiesigen
Platz könnte unter Umständen mißliche Folgen haben.
Aus den jetzt vorliegenden englischen Blättern ent-
nehmen wir folgenden Bericht über die Rede, welche
der deutsche Botschafter Graf Münster auf dem
Ford-Mayors-Banket zu London hielt. Der
Ford-Mayor hatte die Gesundheit der fremden Bot-
schafter ausgebracht, und Graf Münster, mit lebhaften
Zurufen begrüßt, beantwortete den Toast mit einer
Rede, in welcher er zuvörderst auf die gute Wirkung
hinwies, welche dergleichen Festversammlungen auf das
diplomatische Corps ausüben. Die Diplomatie und
der Handel seien zwei Schwestern, die sich stets mit-
einander für die Wohlfahrt der Welt verbinden sollten,
und wenn die Diplomaten ihre Arbeit gut verrichteten,
würden die beiden Herren Vorredner (der Kriegsminister
und der Marineminister) sehr wenig zu thun haben.
(Hört, hört!) Wenn sie (die Diplomaten) ihr Werk
gut verrichteten, sollten die Herren der City von London
die Früchte ihrer Arbeiten genießen. (Beifall.) Wenn
ihm gestattet sei, ein Wort über Deutschland zu
sprechen, so könnte er sicher behaupten, daß es keinen
Souverän gebe, der mehr wünsche, den Weltfrieden
aufrecht erhalten zu sehen, als der Kaiser dieses Landes.
Es gäbe kein Reich, das erfreuter sein würde zu wissen,
daß die Welt eine Aera des Friedens genieße, als
sein Reich. (Lauter Beifall.)

Rußland.

Aus Petersburg wird dem Berliner Tageblatt
berichtet: „Von besser Seite verlautet, der Zar richtete
ein herzliches Handschreiben an den Deutschen
Kaiser, worin mitgeteilt wird, daß er in diesem
Jahre nicht mehr Berlin besuchen könne, weil die
Zarin aus Gesundheitsrücksichten während des Winters
in Cannes verbleiben müsse. Im Frühjahr werde der
Zar sie abholen und dabei Berlin besuchen.“

Königreich Sachsen.

Die Budgetdebatte im Landtage.

R.V.C. Leipzig, 15. Nov. Am Montag hat die
II. Kammer ihre Arbeiten begonnen und die General-
debatte über das Budget in Einer Sitzung erledigt.
Wie leicht vorauszusehen war, gestalteten sich diese
Reden zu keinen Lobpreisungen der jetzigen Lage, denn
auch vom Regierungstische aus vermied man es, irgend-
welche unrealisierbaren Hoffnungen zu erwecken. An
den Auslassungen des Finanzministers v. Könnert
bleibt in erster Linie die rückhaltlose, sich aber von
jeder Schwarzseherei fern haltende Offenheit anzuer-
kennen, womit er die wenig glänzenden Verhältnisse
unserer Finanzen in das Bereich seiner Betrachtungen
zog, und an zweiter Stelle das sichtbare Streben, auf
allen Gebieten, soweit es ohne Gefährdung wichtiger
Staatsaufgaben möglich ist, strenge Sparsamkeit wal-
ten zu lassen. Wir haben keinen Grund, in den Ernst
dieser Bestrebungen der Regierung Zweifel zu setzen,
und wollen nur wünschen, daß auch der Ausführung
derselben der rechte feste Wille zur Seite stehen und
es ihr so gelingen möge, das verheißungsvolle Wort
mehr zu machen. Auf Seiten der Volkvertreter wird
sie dabei die lebhafteste Unterstützung finden. Die
Thatsache, daß die Kosten der laufenden Verwaltung
in den letzten Jahren von 11 auf 20 Mill. gestiegen
sind, dürfte jeden, wenn auch noch so optimistischen
Politiker überzeugen, daß hier ein Stillstand und dem-
nächst eine Rückwärtsbewegung eintreten muß. Ersterer
ist in dem neuen Haushaltsplane nun bereits angekün-
digt, indem die Ausgaben eine Vermehrung nicht er-
fahren haben. Allerdings bezeichnete der Finanzminister
diese Nichtvermehrung als die einzige sichere Zusage,
welche die Regierung in Sachen der Sparsamkeit machen
konne.

Der zu erwartende Antheil Sachsens an dem Er-
trage der Reichssteuern ist vorläufig in der Höhe der
bisher entrichteten Matricularumlagen angenommen;
der Finanzminister sprach die Hoffnung aus, die wir
gern theilen, daß in einigen Jahren die Reichseinnah-
men, wenn erst die volle Wirkung der deutschen Steuer-
reform eingetreten ist, sicherlich einen größeren, dann
noch mehr den Einzelstaaten zugute kommenden Ueber-
schuß aufweisen würden. Mit großer Genugthuung
wird man im Lande die Mittheilung des Frn. v. Kön-
nert entgegennehmen, daß seit dem Februar die bis-
her stetig wachsenden Abnahme der Einnahmen der
Eisenbahnen einen Stillstand erlitten hat und hier-
wie ebenfalls bei andern industriellen Unternehmungen
des Staates wieder eine steigende Tendenz bemerk-
bar wird.

Von Seiten der Fortschrittspartei fiel die Kritik un-
serer Finanzpolitik und ihrer gegenwärtigen Resultate
ziemlich ungünstig aus; es wurden auch von ihren
Rednern die diplomatischen Maßnahmen Bismarck's,

die Zollpolitik des Reiches und die Einführung der
Goldwährung in die Debatte gezogen. Der Abg. Heine
verstieg sich sogar zu der kühnen Behauptung, daß
eine Krise gar nicht existire, und gelangte, indem er
den „Bierhahn“ seiner drastischen Rhetorik öffnete,
über den „Rebellenhaue der Finanzen“ und über „das
Kalb im Mutterleibe“ zu dem „Weltgericht“, dem die
falschen Gesezesfabrikanten rettungslos verfallen sollen.
Die national-liberale Partei vermied es klugerweise,
die neue Zollpolitik Deutschlands zum Gegenstande der
Discussion zu machen, und man kann in Anbetracht
der herrschenden Umstände dieser Enthaltensamkeit nur
zustimmen. Wir befinden uns hier einer vollendeten
Thatsache gegenüber, an welcher auch die geistreichsten
Redner nichts zu ändern vermögen und deren Wir-
kungen erst gebuldig abgewartet werden müssen, bevor
man mit Rükderinnerungen, neuen Urtheilen und Vor-
schlägen an sie herantritt. Der Abg. Dr. Stephani
begrüßte die sehr veränderte Form der Budgetaufstellung,
welche die vieljährigen Klagen der Kammer über Un-
klarheit und Mangel an Uebersichtlichkeit abstelle, als
einen erfreulichen Fortschritt und ließ der Finanzpolitik
im allgemeinen seine volle Billigung zufließen werden.
Der Abg. Krause macht darauf aufmerksam, daß der
Ausfall in den Einnahmen nicht sowohl in der all-
gemeinen Ungunst der Verhältnisse als in den Feh-
lern der früheren Finanzpolitik wurzele, insbesondere in
dem kostspieligen massenhaften Ankauf und Bau von
Eisenbahnen, welche keine entsprechende Rente geben.
Doch sei die Eisenbahnrente im großen Durchschnitt
noch immer 3 1/2 Proc. Bei den Ausgaben bringt er
auf Ersparungen, namentlich in der allgemeinen Ver-
waltung, im Ministerium des Innern.

Die Bestrebungen der national-liberalen Partei,
eine Abkürzung der langen schleppenden Beratungen
durch theilweise Erledigung des Budgets im Plenum
herbeizuführen, sind zwar nicht in dem geplanten Um-
fange (Antrag Benzig und Genossen) verwirklicht wor-
den, immerhin haben sie aber trotz des heftigen Wider-
spruchs von anderer Seite den Erfolg einer ersten
Abschlagszahlung gehabt, indem wenigstens einige Po-
sitionen (Antrag Richter-Tharand) der Plenarberatung
überwiesen, also in verkürzter Behandlung genommen
wurden. Hiermit ist der Angriff auf den bisherigen
Schlehdrian der langen Deputationsberatungen, wobei
der ganze Schwerpunkt in den Händen von zehn De-
putationsmitgliedern lag, während die übrigen 70 Ab-
geordneten das Zusehen hatten, hoffentlich erfolgreich
eröffnet.

Vom Landtage.

○ Dresden, 14. Nov. Zu dem ersten Gegenstande
der Tagesordnung der heutigen Sitzung der II. Kam-
mer, die provisorische Forterhebung von Steuern und
Abgaben im Jahre 1880, referirt Abg. Dr. Windwig
namentlich der Finanzdeputation, welche die Annahme des
Gesetzentwurfs empfiehlt, nach welchem 1880 in der-
selben Weise wie im Jahre 1879 zu erheben sind: die
Grundsteuer von 4 Pf. von jeder Steuereinheit, die
Einkommensteuer nebst einem Zuschlage von 50 Proc.
eines ganzen Jahresbetrages, die Steuer vom Ge-
werbetriebe im Umherziehen, die Schlachtsteuer, in-
gleichem die Uebergangsteuer von vereinsländischem
Fleischwerke, die Erbschaftsteuer und die Stempelsteuer.

Abg. Knechtel:
Die Einschätzungen von landwirthschaftlichem Grundbesitz
sind oft unrichtig, willkürlich und schablonenmäßig. Die
Ursache hiervon sei mit in der nicht immer genügenden
Kenntniß der landwirthschaftlichen Verhältnisse seitens der
Sachverständigen zu suchen. Er wüßte deshalb, daß die
Regierung bei Feststellung der nächsten Listen für die Ein-
schätzung auf diesen Mangel Rücksicht nehmen möge.

Abg. Mehnert:
Die über die Einschätzungen bestehenden Vorschriften
würden nicht allenthalben genau beobachtet. Er hoffe, daß
nach dem wirklichen Eingange der aus den Reichsterritri-
en in Aussicht gestellten Ueberschüsse an die einzelnen
Staaten auch der Grundbesitz einige Erleichterungen erhalte.

Abg. Mübius:
Die Einschätzung auf den Grundbesitz könne nicht ziffer-
mäßig bewirkt werden, man müsse vielmehr seine Zuflucht
zu Hülfsmitteln nehmen, die manchmal zu Härten führten.
Er hoffe jedoch, daß die Steuerbehörden angewiesen wer-
den, allenthalben Gerechtigkeit zu üben.

Das eingangs gedachte Gesetz findet einstimmige
Annahme.

Die allgemeine Vorberatung über das Decret,
die mit der Fortbildungsschule gemachten Erfahrungen
betreffend, eröffnete Abg. Peger:

Er hoffe, daß diese Schule, das neue Schmerzenskind
der neuern Schulgesetzgebung, wenn man ihr nur Raum
zur Entwidlung gönne, in nicht zu fernem Zeit allseitige
Billigung und Zustimmung finden werde. Allerdings sei
diese Schule nach ihrer Einführung nicht allenthalben günstig
von den Betheiligten aufgenommen worden. Aber trotz
aller Schwierigkeiten und dank der Fürsorge und gewisser-
maßen der Bähigkeit der Regierung sowie dank einer großen
Anzahl Schulgemeinden habe die Fortbildungsschule Wurzel
gefaßt. Der vorliegende Bericht zeichne sich durch wahr-
heitsgetreue Darstellung ohne Beschönigung aus.

Redner wendet sich hierauf gegen die während der letz-
ten zwei Jahre befürwortete Einführung von facultativen
Fortbildungsschulen, denn die obligatorische Schule sei eine
Wohlthat für diejenigen Schüler, die zurückgeblieben sind.

Dagegen könne die Facultativschule als eine Ergänzung
dienen, wie die von dem dresdener Gemeinnützigen Verein
errichtete Fortbildungsschule für solche zeige, die nicht mehr
zum Besuch einer solchen verpflichtet seien. Die obligato-
rische Schule sei eine Gerechtigkeit für alle. Wenn gesagt
werde, daß bei vielen Schülern die Erfolge gering wären,
so müsse beachtet werden, daß die Zahl derer, die bis jetzt
die Anstalt besuchten, eine zu geringe sei und keinen Anhalt
für die Leistungen biete. Der größte Nutzen der Fortbil-
dungsschule liege in dem erzieherischen Moment. Daß die
jungen Leute noch eine Zeit lang unter dem wohlthätigen
Einflusse der Lehrer und Schulpflichter ständen und daß
sie genöthigt seien, sich wenigstens eines äußerlich loyalen
Verhaltens zu befleißigen. Ferner herrsche auf dem Gebiete
der Lektüre trotz der Strafgesetze eine außerordentliche Lüch-
rigkeit. Durch den Colportagebuchhandel werde unter aller-
hand Anpreisungen dem Volke eine Lektüre geboten, welche
in den meisten Fällen nicht wohlthätig auf Geist und Ge-
müth wirke, in vielen Fällen aber Gift sei. Auch hier könne
die Fortbildungsschule auf den Schüler einwirken, damit
derselbe Geschmack an besserer Literatur fände. Dresden
habe jetzt vier Volksbibliotheken, eine fünfte komme jetzt
hinzu. Im Gegensatz zu früheren Jahren verlangen jetzt
die jungen Leute mehr belehrende statt nur unterhaltende
und illustrierte Lektüre. Man möge also der Fortbildungs-
schule Zeit gönnen zur Entfaltung, dann könne man die
Zeit noch erleben, wo sie allgemein als ein wesentlicher
Factor unsers Staatslebens und unsrer Volksbildung be-
trachtet werde.

Nach dieser mit allgemeinem Beifall aufgenomme-
nen Rede sprach sich Abg. Schmidt über die Fortbil-
dungsschulen vom Standpunkte der ländlichen Bevöl-
kerung aus:

Auch auf dem Lande würde deren wohlthätiger Einfluß
anerkannt. Die theilweise herrschende Abneigung gründe
sich namentlich darauf, daß man glaube, es wären auf dem
Lande keine großen Resultate zu erzielen. Dagegen glaube
er, daß der seitliche Turnus für die Fortbildungsschulen
ein zu langer sei und daß eine zweijährige Dauer desselben
genüge.

Staatsminister Dr. v. Gerber:

Die Regierung beabsichtige, einen Plan auszuarbeiten zu
lassen, der die Methode des Unterrichts in den Fortbil-
dungsschulen wenigstens im allgemeinen angebe und in der
Hauptsache Anhaltspunkte biete, um das Schwanken und die
Unsicherheit in der Wahl der Unterrichtsgegenstände zu
beseitigen. Die Fortbildungsschule müsse verschieden sein
in den großen und den kleinern Städten, in den Dörfern
mit Ackerbau oder Industrie treibender Bevölkerung. Die
Schulen seien verschieden, je nachdem sich die Gemeinde
dabın interessiert oder wohlgesinnte Männer die Sache un-
terstützen. Es komme daher darauf an, in dieser Richtung
zu wirken; von großer Bedeutung werde aber der beab-
sichtigte Normalplan sein, welcher den Lehrern eine feste Grund-
lage biete.

Abg. Dr. Stephani gibt seiner Befriedigung über
die von der Regierung gegebene Vorlage Ausdruck:

Der Widerstand, der sich bis jetzt gegen das Institut ge-
zeigt habe, könne auf keine Unterfüllung in den gesetzgeben-
den Körpern rechnen. Ob aber ein Normalplan Erfolg
haben werde, dies sei zweifelhaft; falls derselbe ins Leben
trete, so müßten auch die Bedingungen und Anforderungen an
die verschiedenen Fortbildungsschulen je nach dem Stande
und der Beschäftigungsart der Bevölkerung verschieden sein.
Es sei daher bedenklich, daß der Normalplan sehr ver-
schieden werde behandelt werden müssen.

Abg. v. Dethlshlagel hält eine Veränderung der
Bestimmungen für die in Rede stehenden Schulen doch
für zulässig, namentlich für das Land. Hierüber liege
aus seinem Wahlkreise eine Petition vor, die beachtens-
werthe Momente enthielte.

Die Vorlage wird hierauf zur demnächstigen Schluß-
beratung gestellt.

Nächste Sitzung der II. Kammer Montag, 17. Nov.

++ Leipzig, 13. Nov. Bei der am 11. Nov.
abends stattgefundenen zweiten öffentlichen Versamm-
lung des hiesigen Deutschen Protestantenvereins
hielt Archidiaconus Schmiedel aus Chemnitz einen schon
für vorigen Winter bestimmt gewesenen Vortrag über
die Bedeutung Lessing's für den Protestantismus der
Gewertart. Redner beleuchtete zuerst die Zustände
des Protestantismus von Luther bis Lessing und kam
dann auf die von letztem herausgegebenen „Wolfsen-
bitteler Fragmente“:

Deren Verfasser, Professor Reimarus der Ältere in Ham-
burg († 1768), stellte darin die Ansicht auf, Jesus habe ein
irdisches Reich gründen wollen, nach dem Wüßlingen dieses
Planes und dem gewaltsamen Tode Jesu hätten seine Jünger
daraus ein geistiges gemacht, seinen Leichnam zur Bekräf-
tigung der Auferstehung gehoben u. c. Gegen die Frag-
mente erschienen wol 40—50 Gegenschristen; doch fand der
Hauptkämpf Lessing's nur gegen den Hauptpastor Goeze in
Hamburg statt, der allzu persönlich ausfiel. Lessing's An-
wort an diesen kam hinaus auf die Untercheidung zwischen
Buchstaben und Geist der Bibel, zwischen Bibel und Christen-
thum, zwischen Theologie und Religion; er vertrat die Un-
abhängigkeit des Christenthums von schriftlichen Aufsehe-
nungen und wies darauf hin; daß die Bibel viel Unwesent-
liches, nicht zur Religion Gehöriges enthalte. Daraus folge,
daß die Religion auf sich selbst und ihre innere Wahrheit
gestellt sein müsse, daß zufällige Geschichtswahrheiten nicht
Beweise für Religionswahrheiten sein können. Gegenüber
denen, die alle Kritik scheuen, wirkt Lessing befreiend; bei
der Frage aber nach der Grenze zwischen Wesentlichem und
Zufälligem in der Religion muß auf ein fertig gegimmertes
Haus verzichtet und darauf verwiesen werden, daß das
Ideal der reinen Wahrheit nicht in Worte zu fassen ist,
sondern ins Gemüth wirkt, und daß selbst eine vom Himmel
fallende Wahrheit bald todt sein würde, wenn sie nicht
innerlich erleb't wird. Natürlich fällt hierbei alle Unbild-
samkeit gegen Auserbenkende weg, da die Ueberzeugung
sich bei den einzelnen verschieden gestalten muß; ebenso ge-
bietet sich Freiheit der theologischen Wirklichkeit, da das